

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297

Großfeuer in der AEG.

Nächtlicher Fabrikbrand. - Gewaltiger Sachschaden. - Niemand verletzt.

Ein gewaltiges Feuer kam gestern nacht kurz nach 1 Uhr in einer großen Montagehalle der AEG in der Brunnenstraße 107a zum Ausbruch. Auf den Alarm „Großfeuer“ eilten sechs Löschzüge unter Leitung des Oberbranddirektors Gemppe, des Branddirektors Hammer und mehrerer Bauräte herbei.

Das Feuer war gegen 1/2 2 Uhr im Dachstuhl der Betriebs Halle, in der fertiggestellte Großmaschinen, Transformatoren usw. gepreßt werden, entstanden. Nach kurzer Zeit war die Fabrikfeuerwehr zur Stelle. Das Feuer hatte aber bereits solche Ausdehnung angenommen, daß die Berliner Feuerwehr zur Hilfe gerufen wurde.

Beim Eintreffen der Wehren brannte die Halle bereits in einer Länge von über 100 Metern lichterloh.

Die Flammen hatten beim Eintreffen der Wehren schon auf die anschließende Südhalle übergegriffen. Das Dach, das zum Teil aus Eisen, zum größten Teil aber aus Holzern besteht, war ein einziges Flammenmeer. Ungewöhnlich starke Strahlenspitzen und ständige Rauchgase erschweren den Löschangriff, den die Wehrleute nur mit Rauchmasken vornehmen konnten. Als die ersten Mannschaften in den brennenden Raum eindringen wollten, stürzte anier donnerartigem Getöse ein Teil der Dachkonstruktion in die Tiefe, eine wertvolle Krananlage mit sich ziehend. Oberbranddirektor Gemppe sah sich veranlaßt, wegen der weiteren drohenden Einsturzgefahr die Mannschaften zur größter Vorsicht zu ermahnen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Das Feuer konnte schließlich von vier Seiten eingekreist werden. Insgesamt wurden etwa 12 bis 14 Schlauchleitungen größter und kleinerer Kaliber sowie drei mechanische Leitern eingesetzt. Erst gegen 1/3 5 Uhr morgens war die Hauptgefahr beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis in die Vormittagsstunden hinein. Dem Feuer sind große Werte, wie Maschinen und Apparate zum Opfer gefallen. Auch der Gebäudeschaden ist sehr bedeutend. Ein Restaurationsbetrieb, der sich in einem auf der Halle hergerichteten Dachgarten befand, fiel dem Feuer einwandfrei zum Opfer. Die Entstehungsurache ist noch nicht einwandfrei geklärt worden. Das Feuer soll durch Kurzschluß entstanden sein, doch wird andererseits Brandstiftung vermutet.

Sonderbarerweise brach gegen 10 Uhr abends, also nur wenige Stunden zuvor, in derselben Halle Feuer aus, das die Fabrikfeuerwehr nach kurzer Zeit löschte.

Die polizeiliche Untersuchung ist noch nicht endgültig abgeschlossen. Trotz der späten Nachtstunden war die Brandstelle von einer riesigen Menschenmenge umlagert. Ein starkes Schnuppausgebot hielt die Ordnung aufrecht.

Der Reichstag tritt zusammen.

Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist um 12 Uhr zu einer Fraktionsitzung zusammengetreten, in der sie zunächst einen Bericht des Fraktionsvorsitzenden Genossen Hermann Müller entgegennahm.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sahte nach längerer Beratung folgenden Beschluß:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat keine grundsätzlichen Bedenken, eine Regierung der Mitte zu unterstützen. Die endgültige Entscheidung der Fraktion kann aber erst erfolgen, wenn das Programm und die Zusammensetzung der Regierung bekannt sein werden.

Der Reichstag tritt heute nachmittag 3 Uhr zu einer Plenarsitzung zusammen. Die Sitzung wird voraussichtlich nur kurz sein.

Reichsfinanzier Dr. Marx hat heute vormittag dem Reichspräsidenten über seine bisherigen Verhandlungen Bericht erstattet.

Die Fraktionen der übrigen Parteien sind ebenfalls in den Mittagsstunden zusammengetreten; ihre Verhandlungen werden nach dem Schluß der Plenarsitzung weitergeführt werden.

Genosse Severing wieder im Reichstag.

Genosse Severing hat heute keine parlamentarische Tätigkeit wieder aufgenommen. Er wurde bei seinem Eintritt in die Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von allen Seiten lebhaft und herzlich begrüßt.

Bürgerliche für Mietwucher.

Antrag für Aufhebung der Wohnungswirtschaft.

Bei der Fortsetzung der Beratungen über das Wohnungswesen im Hauptausschuß des Preussischen Landtags am Dienstag wies Heese-Wiesbaden (Soz.) die Angriffe der bürgerlichen Parteien auf die Wohnungswirtschaft zurück. Er wendet sich besonders gegen die Verordnung über die Herausnahme der gewerblichen Räume und großen Wohnungen aus der Zwangsverrentung. Das hat große Unruhe unter den Gewerbetreibenden verursacht. Für die Hebung der Bauwirtschaft 1927 muß durch die baldige Verabschiedung des Wohnungsbauprogramms, wie es die sozialdemokratische Fraktion gefordert hat, Sorge getragen werden, damit die große Anzahl der erwerbslosen Bauarbeiter, die sich im Dezember auf 41,5 Proz. gesteigert hat, Beschäftigung erhält. Redner forderte weiter Ausbau des Banarbeiterschutzes, weil im Jahre 1925 eine Steigerung der entschädigten Unfälle um 72 Proz. gegen 1924 eingetreten ist. Gen. Drägemüller trat für die Zurücknahme der Verordnung des Ministers vom 11. November 1926 ein. Er behandelte besonders die Auswirkung der Verordnung in den Provinzen und Kleinstädten. Redner forderte für Berlin und den Großstädten mehr Berücksichtigung bei der Verteilung der Mittel aus dem Ausgleichsfonds, da diese Städte eine größere Anzahl von Wohnungsuchenden haben.

Genosse Lüdemann trat in scharfer Form den Ausführungen des Berichters der Wirtschaftspartei, des Abg. Labendorf, entgegen, der versucht, die Wirtschaftspartei, die Protestaktion der Gewerbetreibenden lächerlich zu machen und die Wohnungsnot und Wohnungswirtschaft auf die Revolution zurückzuführen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt, der dahin ging, die Verordnung vom 11. November 1926 betr. Lockerung des Mieterschutzes zurückzuführen oder wenigstens das Inkrafttreten der Verordnung auf den 1. Oktober

1927 zu verschieben und sie daraufhin einer Nachprüfung zu unterziehen, ob nicht für die Wähler der bildenden Klassen und für die Ladenräume eine andere Regelung angebracht ist.

Dagegen stimmten das Zentrum, die Demokraten und Rechtsparteien. Statt dessen wurde ein Antrag der Volkspartei, des Abg. Grundmann, mit den Stimmen des Zentrums angenommen, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, unverzüglich einen Plan für den Abbau der gesamten Wohnungswirtschaft vorzulegen.

Die Matteotti-Dokumente in Sicherheit.

Durch Salvemini in London hinterlegt.

Eine Abschrift der Untersuchungsakten des Prozesses Matteotti ist in London an sicherer Stelle von dem bekannten italienischen Historiker Professor Salvemini hinterlegt worden. Diese Abschrift des Professors Salvemini wird reiches geschichtliches Material ergänzen und ist von ihm bereits für sein Werk über den Faschismus verwertet worden, das in einem der nächsten Monate erscheinen wird. Eine weitere Abschrift der Untersuchungsakten ist in Paris für die Arbeiten der Kommission zur Untersuchung der Verbrechen Mussolinis sicher untergebracht worden. Diese Kommission hat eine umfangreiche Sammlung von Zeugnissen und Dokumenten angelegt, aus denen die Verstöße gegen Recht und Gesetz durch Behörden und Persönlichkeiten hervorgehen, die für die faschistischen Verbrechen verantwortlich sind.

Die faschistische Regierung fühlt sich natürlich über die Abwanderung der Matteotti-Dokumente ins Ausland äußerst beunruhigt. So ist das Sondergericht in Rom mit der Eröffnung des Strafverfahrens wegen „Komplots zur Gefährdung der Sicherheit des Staates“ gegen Rucci und Renzo Colonna beauftragt worden, die in Rom unter der Beschuldigung in Haft sind, das Verschwinden einer Abschrift der Untersuchungsakten nach Frankreich begünstigt zu haben. Eine weitere Abschrift gelangte wenige Tage vor dem sogenannten „Prozess“ in Chiati über die Grenze. Die Person, die dies bewerkstelligte, war Aldo Salerno und beauftragt von dem in Paris erscheinenden „Corriere degli Italiani“. Die faschistische Polizei sucht seiner mit allen Mitteln, aber vergeblich, habhaft zu werden. Dafür hat die faschistische Regierung Aldo Salerno des italienischen Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt, ohne es zu wagen, in dem Dekret ihre wahren Beweggründe anzugeben.

Das italienische Volk und alle übrigen zivilisierten Völker wissen nun, daß die dokumentarischen Belege für das größte Verbrechen des Faschismus in Sicherheit sind und unfehlbar an dem unausweichlichen Tage des Gerichts zum Vorschein kommen werden.

Ueberfaschisten in Litauen.

Die Faschistenregierung muß sich ihrer erwehren!

Komno, 19. Januar. (OE.) Die Verhaftung der Führer der litauischen Faschistengruppe, Tomkus und Klimaitis, hat starkes Aufsehen erregt. Es verlautet, daß noch weitere Verhaftungen von Faschisten bevorstehen. Die Verhafteten sollen wegen hochverräterischer Umtriebe vor Gericht gestellt werden. Es scheint, daß die litauischen Faschisten auch mit der durch den Staatsstreich zur Macht gelangten Rechtsregierung noch nicht zufrieden sind und auf eine so extreme Diktaturpolitik hinstreben, daß die neue Regierung im Interesse ihrer eigenen Sicherheit einschreiten mußte. Der eigentliche Führer der Faschisten, der wegen seiner hügigen Pressepolitik und wegen seiner Prozesse die sogenannte Obersteigentum Blawackis, scheint einstweilen in diese neue Affäre nicht verwickelt zu sein.

Der indische Lassalle.

Shiva Rao, ein Kämpfer für Freiheit und Recht.

Von Franz Josef Furtwängler.

Madras, Ende Dezember 1926.

In unserem Europa und besonders in Deutschland stehen heute die politischen und sozialen Organisationen wie steinerne Tempelbauten da. Die Priester darinnen, die Führer, können abgehen oder wegsterben, ohne daß der Bau sein Antlitz verändert. In Indien ist es noch anders. So, wie es auch in den Ländern Europas einmal war. Da gruppieren sich die Bewegungen noch um die tagenden Säulen einzelner Persönlichkeit. In Bombay und Umgebung sind dies die „Servants of India“, eine kleine Ordensgruppe mit nationalen und sozialen Bestrebungen, aus der auch Joshi hervorging.

Im nächsten Industriekreise, in und um Ahmedabad, steht die politische-soziale Bewegung vom Odem des Mahatma Gandhi.

Hier in Madras ist es die Irländerin Frau Anni Besant, das Haupt der theosophischen Gesellschaft, Redaktrice der Tageszeitung „New India“ und nie rastende Kämpferin für Indiens Freiheit, die den Mittelpunkt der öffentlichen Gruppen und Bewegungen darstellt.

Ihrer Schule ist ein Reis entsprungen, dessen ferneres Wachstum man mit Interesse verfolgen mag: es ist der drei- und dreißigjährige Shiva Rao, der indische Lassalle. Er ist nicht Joll für Joll ein Lassalle, denn dann wäre er eben nicht indisch. An Lassalle erinnern äußerlich seine etwas semitischen Gesichtszüge samt dem dunklen Kraushaar, doch ist der Ausdruck seiner Augen indisch sanft und ein wenig träumerisch, die Gestalt in dem weißen Brahmanenhemde mit der bunten Seidenschärpe zart und kaum mittelgroß.

Shiva Rao ist von Hause aus reich, wie Lassalle. Sein Amt als Führer der Madraser allgemeinen Arbeiterorganisation übt er völlig unbezahlt, weite Reisen auf Kongresse unternimmt er auf seine eigenen Kosten. Zweimal besuchte er auf solche Art Europa. Zeitweise war er schon radikal-liberaler Abgeordneter der gesetzgebenden Versammlung zu Delhi, verlor aber seinen Wahlkreis wegen seines Wirkens für die Arbeiter. Auf den indischen Gewerkschaftskongressen spielt Shiva Rao eine große Rolle. Allein es sind nicht, wie bei Lassalle, die großen Rollen, in denen er in Erscheinung tritt. Diese scheinen ihm vielmehr ganz selbstverständlich und ungeachtet zuzufallen, während sein nächstes Gebiet die Kleinarbeit ist. Er ist Oberhaupt und Kleinagitator in einer Person.

„Der Grund“, sagt er, „weshalb die Unternehmer hier nicht leiden mögen, ist, daß ich jeden Betriebsunfall registriere und bei Gericht anhängig mache. Neunundneunzig Prozent der Arbeiter wissen hier zu Lande überhaupt nicht, daß es für solche Fälle eine Entschädigung gibt.“ - Jeder Arbeiter, der eine Beschwerde hat, kommt zu Shiva Rao, der dann seine Redaktions-, Parlaments- und Kongressarbeiten unterbricht und mit der größten Geduld und Selbstverständlichkeit den Fall behandelt. Und er sichtet ihn durch mit lassallischer Kampfstärke und Prozedurigkeit. Als wir ihm zum erstenmal besuchten, hatte er um sich eine ganze Gruppe beschwerdeführender Arbeiter und Arbeiterinnen und berichtete uns über sie aus dem Gedächtnis wie ein aufopfernder Arzt, der alle seine Kranken und ihre Leiden kennt. Die „Unberührbaren“, diese armen Ausgestoßenen der indischen Gesellschaft, deren es in dieser südlichsten Großstadt des Landes mehr gibt als irgendwo sonst, hängen mit rührender Liebe an ihm.

Spricht er, so erweckt der Klang seiner Stimme keinerlei Lassallesche Vorstellungen. Es ist die dünne Stimme eines Kindes, die bei einem deutschen Redner vielleicht ermüdend oder gar abstoßend wirken würde. Bei dem sanften Hindu stört sie nicht, weil sie zum Stil der Persönlichkeit gehört. Dabei redet er ein Englisch, das bald an die schönsten Geschichten von Shelley, bald an die feinsten Stellen eines Aufsatzes von Macaulay erinnert. Es ist ein Entzücken fürs Auge, ein Kaufgenuß fürs Ohr, allein eine Indienreise lohnend, zu erleben, wie dieser Kindermund, ohne jede Bemühung zu rednerischen Betonungseffekten, Schwermert spricht - lassallisch in der Wucht der Anklage und in der Schärfe der Beweisführung. Tzehntausend Menschen - seine Organisation zählt siebentaufend - brachte er zu unserer Begrüßung in einem Parke zusammen, dessen Bäume als Galerie dienen und von Zuhörern dicht besetzt waren. Die Kinderstimme drang durch, begeisterte und entzündete. Und man hätte die unheimlich-erhabene Bifton eines kleinen Kinderhändchens, das tobbringende, furchtbare elektrische Stromkräfte am leicht beweglichen Hebel der Schaltplatte dirigiert.

Die Unternehmer haben ihm - wohl die beste Bestätigung seiner Erfolge - mit großer Mühe eine weit kleinere, gelbe Organisation entgegengesetzt. Ihre billigste und beliebteste Anklage, mit der auch wir gegen ihn eingenommen werden sollten, ist die Behauptung, Shiva Rao sei ein intellektueller Außenseiter, der von der Handwerkerarbeit nichts verstehe. Als ob in diesem Lande mit neunzigprozentigem Analphabetismus vorläufig eine andere Führerschaft denkbar wäre! Als ob nicht selbst in Deutschland erst ein Marx, Engels und Lassalle da waren, ehe ein Weg in so glänzender Weise die Idee proletarischer Selbsthilfe verfortete! Als ob nicht auch in England liberale Philantropen die unvollkommenen aber notwendigen Vorläufer Keir Hardies waren!

Ein Genuß, die Abwehr des kleinen Brahmanen zu hören:

„Ja, sie haben recht, eure Brotherrn — ich bin ein Außenseiter, der wenig von eurer Handwerksarbeit, aber leider nur allzuviel von euren Leiden und Klagen zu sagen weiß, und ich selbst will den Tag segnen, wo aus euren Werkstätten Führer hervorgehen, die zu mir sagen: „Tritt ab, wir können unsere Sache selbst vertreten!“ Aber solange eure Arbeitgeber und die Regierung euch die einfachsten Kenntnisse des Lesens und Schreibens vorenthalten, werde ich für eure Sache stehen. Und daß ich richtig handle, beweist mir eure Dankbarkeit für das wenige, was ich zu tun imstande bin.“

Immer gleich bescheiden, gleich mild im Ton, gleich scharf in der Sache. Keine Pathetik mischt sich in diesen ruhig gleitenden Harn der Worte, in denen sich Silbe an Silbe reiht, ohne Straucheln, Stottern oder Wiederholen, Kraft ohne Lärm, Feuer ohne Rauch — ein Brüstlein für jeden guten Europäer, zu sehen, ob er noch echter Begeisterung fähig sei, oder schon im Zivilisationsstreben den Sinn für schlichte Größe verloren habe. Wir Deutsche aber von der jüngeren Generation haben das wundersame Empfinden, als wäre ein Stück siebentwanziger Parteigeschichte heraufgestiegen aus dem Verließ des ewig Vergangenen.

Auch dieser Laßalle wird seine Hand auf die Tafeln der Geschichte drücken. Ich freue mich, ihn schon hier den deutschen Arbeitern vorstellen zu dürfen. Und wenn es nicht zu pathetisch klinge, dann würde ich sagen wie Heinrich Heine, als einst der Vassalle aus Breslau zu den Pariseren kam: „Je vous présente un nouveau Mirabeau!“ („Ich präsentiere euch einen neuen Mirabeau!“)

Gehler unerwünscht.

Bekämpft von der eigenen Partei. — Eine schwere Belastung für die Mitte.

Die Auseinandersetzung zwischen dem demokratischen Parteiführer Dr. Koch und dem demokratischen Reichswehrminister Dr. Gehler stört die politische Stellung Gehler's gegenüber seiner eigenen Partei wie gegenüber der Mitte. Sie zeigt, daß die Demokratische Partei — trotz aller Zurückhaltung in den Worten Dr. Koch's — in einer Kampfstellung gegen Gehler steht.

Die große demokratische Presse fordert energisch sein Ausscheiden aus dem Amte. Die „Bosnische Zeitung“ schreibt über das Verhältnis der Demokratischen Partei zu Gehler:

„Rückblickend wird man sagen können, was hier mehr als einmal gesagt worden ist, daß es schon mehr als Treue war, die viel zu lange geübt wurde, und daß man nicht nur die überlaute, sondern auch die notwendige Kritik dämpfte. Minister Gehler ist für die Demokratische Partei seit langem eine schwere Belastung der Außenpolitik des Deutschen Reiches. Nicht aus persönlicher Abneigung oder aus Unterschätzung seiner Verdienste, sondern aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit ist hier Gehler's Rücktritt verlangt worden. Er hätte den rechten Zeitpunkt wählen sollen, aus der politischen Arena abzutreten, um dann vielleicht noch einmal zu gegebener Zeit wieder im Ring erscheinen zu können. Jetzt mag er sich dem Zentrum dieses Ringes nähern, politisch ist es klar, daß keine Partei der Mitte diesen Minister als ihren Vertrauensmann anzuerkennen vermag.“

Im „Berliner Tageblatt“ liest man:

„Besonderen Eindruck hat man mit dem Argument zu machen versucht, Gehler dürfe den Sozialdemokraten nicht geopfert werden.“ Dabei verschweigt man, daß von demokratischer Seite die Wiederernennung Gehler's mit aller Deutlichkeit als unerwünscht bezeichnet worden ist, und daß der Verlauf, den die Äußerung des Reinhardt-Artikels genommen hat, diese Auffassung schwerlich ändern dürfte.“

Persiflage.

„Die Komödie.“

Wenn Tristan Bernard nur flüchtige Schwänke zusammenhämmerte, würde er zwar viel gepfeift, aber vielleicht nicht sehr beachtet worden sein. Der Schwank von Bernard ist eben durchschnittlich mehr, er ist eine Persiflage auf den Schwank. Der Theatermacher kennt das Handwerk sehr genau und amüsiert seine Leute ebenso wie der Zauberkünstler, der jeden Trick seiner schwarzen Kunst erklärt und darum noch mehr bewundert wird als der undurchdringliche Magier. Bernard kennt dieses Geheimnis und übrigtens auch alle anderen Geheimnisse des Kuffenerfolges. Bei seinen Verwechslungskomödien läßt er die Schauspieler manchmal so herumgehen wie die Löwenbändiger im Bestienkäfig. Jemand jemand Nasen in die Hände, und flugs erscheint irgendein Menschlein, das der neugierige Zuschauer sehnächtig erwartet hatte, oder auf das der Zuschauer auch niemals geschaut gewesen wäre. Wie dem auch sei, der Schwänkmann sorgt für Befriedigung jedes Instinktes, den die Leute im Parkett befriedigt wissen wollen: des Instinktes der Neugierde und des Triebes der Friedlichkeit. Dabei ist es Bernard ganz gleichgültig, ob er die ganze Weltliteratur um Effekte und Witze anpumpt, und Herrn Chapiro, der sich der Uebersetzung mit Eifer annimmt, ist es noch gleichgültiger, ob Bernard ein Originalgenie oder nur ein fabelhafter Routinier ist.

Dem Verweisdner paßt besser, daß Bernard als der Molière von 1927 ausgerufen wird. Es tracht und knallt in dem, was der Verweisdner über Bernard schreibt, ebenso laut wie in dem letzten Schwank „Die Perle“, der durch ein paar kräftige Flintenschüsse überraschend und überwältigend komisch intoniert wird. Außer diesen komischen Wirkungen kommt noch das ganze Ruddleimudel der Verwechslungen. Der Liebhaber liebt die Richtige und soll die Falsche heiraten, und er heiratet schließlich doch die Richtige. Und das Trampel, die blödsinnige Küchenjoe, wird durch einen Stoß in die unteren Körperpartien von ihrer Verliebtheit in den moralischen Herrn Professor kuriert und die anständigen Frauen werden verächtlich, doch sie vier Liebhaber haben. Und so weiter, und so weiter. Der Verlust ist ganz überflüssig, den Unfinn aufzutoken zu wollen. Der Unfinn ist auch nicht das wichtigste, sondern die Persiflage auf den Unfinn. Der Schwankdramatiker besitzt eben mehr als ein gutes Gedächtnis, er besitzt eben die humorige Ueberlegenheit, die ihm gestattet, die ganze Weltkammer der Welt so praktisch anzupumpen, daß er alles notwendige Schwankgerät für einen bestimmten Fall zur Verfügung hat.

Natürlich muß man für solchen Schwank auch famose Schauspieler zur Verfügung haben, wenn man will Persiflagekünstler, Virtuosen des Komödiantischen, die auch so wie der Zauberkünstler zeigen können, wie es gemacht wird, Schauspieler, die über der Sache stehen und nicht von ihr zerquetscht werden. Der theatralische Reiz des

Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt unter der Ueberschrift „Der unmögliche Gehler“:

„Hier und da gibt es immer noch Leute — sie sitzen beziehungsweise im Lager der Reaktion — die Herrn Gehler als Reichswehrminister weiter amtierem lassen möchten. Ein Politiker, der so wenig politische Augenmaß zeigt, wie es bei der Veröffentlichung Reinhardt's der Fall war, sollte schlechthin unmöglich sein. Leider wird, wie wir glauben, bei den Parteien der Rechten die parteipolitische Schadenfreude über den Gehler'schen Dolchstoß gegen seine eigene Partei größer sein als die Erkenntnis des von ihm angerichteten staatspolitischen Schadens. Womit nur bewiesen wäre, daß er ein demokratischer Wehrminister nicht mehr sein kann.“

Die Ablehnung Gehler's als Wehrminister durch seine eigene Partei kann nicht deutlicher sein. Darüber hinaus erhebt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ gegen Gehler den Vorwurf der Doppelzüngigkeit:

„Es ist wohl nicht unbescheiden, wenn ich zu den leitenden Zeitungen“ demokratischer Richtung auch das „Berliner Tageblatt“ rechne und also auch auf den Vorwurf beziehe, der mit Ihrer Genehmigung unzensuriert in die Welt hinausgegangen ist. Mit Ihrer Genehmigung hinausgegangen... Sie verstehen, Herr Reichswehrminister, daß mich das ein wenig überrascht.“

Dem Sie haben mir so oft unaufgefordert das Gegenteil gesagt, daß ich nur nicht recht begreife, wie Sie die Anschuldigungen billigen konnten, die der General Reinhardt gegen „alle leitenden Zeitungen“ erhebt. Sie waren nicht zurückhaltend in Ihrer warmen Liebenswürdigkeit — und nun haben Sie die schon genügend versuchte öffentliche Meinung noch weiter durch eine summarische Kritik forcupulieren lassen, deren absolute Unwahrscheinlichkeit Sie, wie all Ihre Äußerungen mir gegenüber beweisen, genauer als irgend jemand kennen.“

Nach dieser Enthüllung scheint die Rolle des Herrn Dr. Gehler seiner eigenen Partei gegenüber sehr merkwürdig zu sein. Das ist an sich eine intime Angelegenheit der Demokratischen Partei. Diese Haltung Gehler's zu seiner Partei ist heute allerdings von eminentem öffentlichen Interesse. Jede Partei, die die Vertrauensfrage diesem Manne gegenüber prüft, kann an diesen psychologischen Tatbeständen nicht vorübergehen.

Monarchistenummel.

Reichsgründungsfeier „Für Kaiser und Reich“.

Das „Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot“, eine reaktionäre Gegenorganisation gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, veranstaltete am Dienstag unter dem Vorwand einer Reichsgründungsfeier eine nationalstiftische Kundgebung in den Kammerkuffen. Bemerkenswert ist, daß an der Feier als Vertreter der Hohenzollern die Prinzen Eitel Friedrich und Oskar teilnahmen. Als Festredner fungierte Dr. Stadler, der seiner Freude über die Anwesenheit der allerhöchsten Herrschaften in folgenden Worten Ausdruck verleiht:

„Ueber den heutigen Staat hinweg müssen wir ein neues Reich schaffen. Auch jetzt gilt es, die Kräfte zunächst im politischen Element des Preussentums zu suchen. Dazu gehört zu allererst das Recht der Hohenzollerndynastie, das trotz des Diktats unserer Feinde und trotz der zurzeit geltenden öffentlichen Meinung als legitimes Recht bestehen bleibt, solange nicht geschichtlich überwältigende Persönlichkeiten durch größere Leistungen als die des Hohenzollerngeschlechts diese Dynastie aus der Linie der schaffenden Geschichte werfen.“

Es lohnt, diesen Byzantinismus niedriger zu hängen. Der vielgemandte Herr Stadler wandelt mit seinen Ausführungen nur auf den Spuren des maßgebenderen Grafen Westarp, der in seiner Rede am Sonntag sich grundsätzlich im gleichen Sinne ausgesprochen hat.

Schwankabends in der „Komödie“ bestand darin, daß man solche Schauspieler sah: Otto Wallburg ist darum so komisch, weil er uns in seine Ueberlegenheit hineinsehen läßt. Er ist selber nicht lästig, doch er macht den Zuschauer selbst spitzfindig und zum Sieger in verschiedenen Lebensnöten. Wallburg wirkt sehr komisch und auch gleichzeitig hygienisch, weil er dem Zuschauer ein gutes Stück von seinen täglichen Sorgen wegnimmt. Er ist richtig ein Schauspieler für Bernard, nicht ein Komiker unbedingt, das heißt nur Clown und Spasmmacher, sondern ein Psychologe der Komik für die zöghaftesten Stenpeler. Harald Paulsen und Julius Falkenstein spielen mit bewährter Methode. Vielleicht haben wir sie schon so oft gesehen, daß wir nur noch die Methode und nicht die sprudelnde Ursprünglichkeit bewundern, die bei Wallburg aus jeder Pore des Temperaments herauspumpt. Carola Toebe ist auch nur eine methodische Künstlerin, allerdings Besitzerin zahlreicher Mittel und Geschicklichkeiten, die ihr erlauben, in das Parkett Zündhölzlein der Begeisterung zu schleudern. Unendlich komisch wirkte Rosa Valetti als närrische und liebestolle Käsin, der die bösen und selbsthätigen Menschen den Kopf verdrehen. Das Unglück wirkt komisch und es geht den Zuschauern zu Herzen. Frau Valetti hat diesmal eine Rolle, von der sie in das richtige Feld hineingedrängt wird. R. S.

Herculanium vor der Auferstehung.

Die Meinung, daß die italienische Regierung die Absicht habe, die Ausgrabung von Herculanium, nächst Neapel und Capua der bedeutendsten Stadt von Campanien, in großem Stille wiederaufzunehmen, ist von Künstlern und Archäologen Italiens lebhaft begrüßt worden. Herculanium wurde unter der Regierung des Kaisers Titus im Jahre 79 n. Chr. bei einem Ausbruch des Vesuvius von einem Lavastrom und Aschenregen mit den nahegelegenen Städten Pompeji und Stabia so vollständig verschüttet, daß man später Pompeii und einen Teil von Resina darauf erbaute. Im Gegensatz zu Pompeji wurde Herculanium aber nicht nur von einem Aschenregen heimgeschlagen, sondern unter einer Art von Tuffstein begraben, einem vulkanischen Material, das zu einer felsenharten Masse erstarrte. Es sind wiederholt sowohl von Einheimischen wie von Ausländern Versuche gemacht worden, die Stadt auszugraben. Aber es blieb immer beim guten Willen der wagemutigen Forscher. Erst im Jahre 1924 öffneten sich der Wiedererhebung des alten Herculanium günstige Aussichten, als Professor Majuri mit den Ausgrabungsarbeiten von Pompeji betraut wurde. Die Prof. Majuri dem Berichterstatter eines italienischen Blattes erklärt hat, besteht begründete Hoffnung, in Herculanium unerwartete Schätze zu finden. Diese Erwartung stützt sich auf die Erwägung, daß die Einwohner von Herculanium im Augenblick der Katastrophe eiligst die Flucht ergriffen, ohne Zeit zu haben, etwas zu retten. In Herculanium muß sich danach alles, was sich vor zweitausend Jahren in der Stadt befand, erhalten vorfinden. Die Freilegungsarbeiten, die unter der Herrschaft der Bourbonen vorgenommen wurden, waren angesichts der unzulänglichen Mittel bedeutungslos und haben nur einige Gebäude und das Theater freigelegt. Herculanium ist aber ungleich wichtiger als Pom-

Exkaiserin Charlotte von Mexiko gestorben.

67 Jahre nach der Erschießung ihres Gatten.

Im hohen Alter von 87 Jahren ist in einem belgischen Schloß die einzige Tochter des ersten Belgierkönigs Leopold, die 1840 geborene Charlotte gestorben. Ihr Tod ist der persönliche Abschluß einer düsteren Tragödie.

Erst 17 Lebensjahre zählte Charlotte, als damalige „Staatskumf“ sie mit Maximilian Habsburg, einem Bruder des österreichischen Kaisers Franz Joseph, verheiratete. 1864 wurde Maximilian als Kaiser nach Mexiko „berufen“ — natürlich hatte das Volk nicht das geringste mit dieser Berufung zu tun; aber die Beherrschung Mexikos durch die katholische Kirche, deren starke Stütze in Europa damals Oesterreich war, gibt die Erklärung für diese Wahl, so auch für ihre Annahme durch Maximilian. Dazu riet sehr eindringlich und hüfverprechend auch Napoleon III., hatte doch der liberale Bundespräsident der Republik Mexiko, Juarez, den das Parlament zum Diktator gemacht hatte, nicht nur die Vorrechte der Kirche samt den Jesuitenlöstern aufgehoben und die liberale Revolution niedergeworfen, sondern schließlich zur Wiederherstellung der Verfassung die Zinsenzahlung an das Ausland auf zwei Jahre eingestellt. Darauf hatte Napoleon III. eine militärische Intervention Frankreichs, Englands und Spaniens zustandegebracht. Nordamerika stand zu Juarez, konnte aber wegen des eigenen Bürgerkrieges, der wegen der Sklavereifrage den Norden und den Süden jahrelang gegeneinander kämpfen ließ, nicht eingreifen. Zwar zogen sich England und Spanien zurück, nachdem das französische Heer die Hauptstadt erobert hatte, aber die Armee des französischen Kapitalismus und Imperialismus blieb da und ließ Maximilian durch einen Scheinangriff von der Art jener „Landesräte“, die z. B. das kaiserliche deutsche „Oberost“ 1918 in den Randländern Ostpreußens einsetzte, zum Kaiser wählen. . .

Als nach der Beendigung des Sonderbundeskrieges Nordamerika Anstalten machte, Juarez zu Hilfe zu kommen, zog Frankreich in mehreren Etappen seine Truppen aus Mexiko zurück. Charlotte flüchtete die Potenzen und Minister in Brüssel, Paris und Rom um Hilfe an — vergebens. Das schreckliche Ende mußte sie nun vorausehen, und sie verfiel in Geisteskrankheit.

Nach dem Abzug der Franzosen des Marschalls Bazaine hatte Maximilian nur noch die mit ihm gefommene belgische und österreichische Legion und eine Anzahl Mexikaner. Juarez eroberte das Land in rasendem Tempo wieder und 1867 ließ sein General Escobedo Maximilian mit zweien seiner mexikanischen Generale in Queretaro standrechtlich erschießen.

Charlotte aber hat noch volle 67 Jahre dahingedämmert. . .

Auch heute stehen Mexikale im Kampf gegen die Regierung der Republik Mexiko. Und wie einst das europäische Kapital gegen die Einstellung der Zinsenzahlung, so tobt heute das nordamerikanische Petrokapital gegen die mexikanische Devisenbegrenzung. Auch militärische Interventionen für Kapitalinteressen, die Opferung der Landesfinder für „vaterländische“ Weisheitspolitik, gehören heute noch nicht zu den Unmöglichkeiten. Was sich offenkundig gewendet hat, ist die Bestimmung der maßgebenden Männer des Weißen Hauses in Washington. Damals für die freie Selbstbestimmung des mexikanischen Volkes und mit aller Macht gegen die Sklavenhalter der Südstaaten — heute Befestigung Nicaraguas und Stützung eines Usurpators, dem Wallstreet dem Volk ausdrängt.

Sozialdemokratischer Erfolg im Burgenland. Bei der Wahl der Landwirtschaftskammer für das deutschösterreichische Burgenland entfielen auf die sozialdemokratische Liste mehr als 10 000 Stimmen, auf die Christlichsozialen nur 8000 Stimmen mehr, die Landbäuer nur 3000 Stimmen mehr. Die sozialdemokratische Fraktion wird acht Mandate umfassen gegen 24 bürgerliche Mandate. Das ist für dieses ganz agrarische, vor einigen Jahren noch ungarische Gebiet ein sehr schöner Erfolg.

Der Nobelpreis für Dawes ist von seinem Empfänger dem Walter-Hines-Institut zur Förderung der internationalen Beziehungen überwiesen worden.

Hier fand man nur Bruchstücke, wenn auch tollfroh erhalten, während man in Herculanium damit rechnen kann, die Häuser mit den beiden typischen Stodmerkmalen unverändert zu finden und damit neues Licht über die noch wenig bekannte griechisch-römische Architektur zu erhalten. Ueber die Schwierigkeit der Arbeiten darf man sich nach Prof. Majuri freilich keiner Täuschung hingeben. Die Arbeit wird hier ungleich mühseliger sein als in Pompeji. Der zu einer Kieselmasse versteinerte Kalk und Schlamm in Herculanium bedingt zweifellos ein langsames Tempo der Ausgrabungstätigkeit.

Das Jubiläum der 500. Aufführung ist selbst für eine Operette eine ungewöhnliche Zahl, wieviel mehr für einen Schwank! Die „Klubleute“ von Fritz Friedmann-Frederich haben es im „Theater am Rollendorfsplatz“ erreicht. Dieser Erfolg ist vor allem Max Adalbert zu danken, der in seinem Anteil Alex eine unverwundliche Berliner Typpe geschaffen hat. Die Mitspieler, die übrigens ihre Rollen alle trefflicher trafen, hatten es nicht immer leicht, das Nachen zu verbeihen, wenn Alex seine Raune an ihnen ausließ. (Ich glaube, „hat Was“ hatte noch ein paar Improvisationen auf seine Walze gelegt!) — r.

Schaffung eines internationalen Museumsbureaus. Der Ausschuh der Museumsvertreter in Genf hat seine Beratung beendet. Er nahm eine Entschliessung an, durch die die Schaffung eines internationalen Museumsbureaus begrüßt wird. Der Ausschuh stellte ein Programm auf für die in nächster Zeit durch das Bureau vorzunehmenden Arbeiten. Diese umfassen insbesondere: Die Art und Ausfüllung von Museumskatalogen. Handkatalogen über öffentliche Verkäufe von Kunstwerken, die Ausarbeitung eines Nachschlagewerkes über Kunstwerke, deren einzelne Teile sich nicht in demselben Museum befinden, die Museographie vom Standpunkt der Kunst und Architektur aus, die innere Organisation der Museen, den Austausch von Nachrichten und Dokumenten zwischen Museen, die Deponierung von Kunstwerken, die Mittel zur Hebung der erzieherischen Rolle der Museen sowie die Organisation gemeinsamer Ausstellungen.

Cudwig Hardt berankollt auf Einladung der Volkshöhe am Freitag, 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Eingang Königsplatz, einen Hinesabend. Einladungskarte 80 Pf.

Die Julia-Klam-Schule führt am 21. abends 9 Uhr, in der Uvania Bewegungstheater und Tänze vor. No Bisher-Klam spricht über seine Choreographie für Gymnasien (Vorbereitungen), Bühne und Tanz.

Eine englische Expedition zur Erforschung der Maya-Kultur. Das Britische Museum plant die Organisation einer umfassenden Expedition der alten Maya-Sidde in Britisch-Honduras in Zentral-Amerika, deren Entdeckung im vergangenen Frühjahr großes Aufsehen erregte. Die überlieferten Rollen werden auf 40 000 Bl. schätzt, und die Rettung des Britischen Museums mündet sich an die Dringlichkeit, um das nötige Kapital von 800 000 Bl. bis zu 1 Million zu erlangen.

Ein Leprosarium in Paris? Ein Pariser Stadtrat hat der Stadterhaltung den Vorschlag gemacht, im Anschluss an ein großes Krankenhaus ein besonderes Leprosarium zu errichten. Es ist lehngestellt worden, daß es in Frankreich eine mens auch keine Anzahl Leprosarianer gibt, und daß auch künftig die Gefahr besteht, daß die Krankheit in einzelnen Fällen aus den Kolonien neu eingeschleppt wird.

Reichsbahn und Arbeitsbeschaffung.

Die falsche Finanzpolitik der Reichsbahn.

In einer anscheinend offiziellen Auslassung der Reichsbahndirektion in der Zeitschrift „Der Deutsche Volkswirt“ wird die Behauptung aufgestellt, daß die Reichsbahn weiterer Kredithilfe aus Reichsmitteln bedürfe, wenn sie die große Auftragsmöglichkeit, die sich aus ihrem Baubedarf in Höhe von etwa einer Milliarde ergebe, systematischer Konjunkturpolitik dienstbar machen soll. Diese Behauptung der Reichsbahndirektion stellt eine ungeheuerliche Verdrehung des Tatbestandes dar. Der „Vorwärts“ hat vorigen Freitag mit vollem Bewußtsein die Behauptung aufgestellt, daß die Reichsbahngesellschaft eine unverantwortliche Theaurierungspolitik treibe, und, statt ihre Mittel in den Dienst der produktiven Wirtschaft zu stellen, sie auf dem Wege über die Verkehrskreditbank in die Kanäle der Spekulation leite. In dieser Behauptung müssen wir auch festhalten. Die Reichsbahn hat aus dem Geschäftsjahr 1925 in das Geschäftsjahr 1926 den Reifensbetrag von rund 600 Millionen Mark an Kassenbeständen und kurzfristigen Guthaben übernommen. Sie hat im Jahre 1926 diesem Barbestand einen Betrag von über 100 Millionen Mark aus ihren Betriebsüberschüssen hinzugefügt, und sie hat die ihr vom Reich zur Verfügung gestellten Kredite sowie die Erlöse aus dem Verkauf von Vorzugsaktien noch nicht vollkommen verbraucht.

Es ist also nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die Reichsbahn zurzeit mindestens 750 Millionen Mark an Kassenbeständen und kurzfristigen Forderungen aufzuweisen hat.

Dieser Betrag ist größer als die Gesamtverpflichtung der Reichsbahn in einem normalen Reparationsjahr zur Deckung ihrer Reparationsverpflichtungen und der Dividende der bisher von ihr emittierten Vorzugsaktien. Mindestens eine halbe Milliarde, d. h. zwei Drittel dieses Betrages, stehen der Reichsbahn für „systematische Konjunkturpolitik“, um uns ihrer Ausdrucksweise zu bedienen, zur Verfügung. Wenn die Reichsbahn jetzt von neuem Reichsmittel fordert, so kann das nur darum geschehen, weil die Reichsbahn sich von den Reichsmitteln einen ganz besonderen Nutzen verspricht. Dieser Nutzen liegt darin, daß ihr die Reichsmittel zu verbilligtem Zinsfuß zur Verfügung gestellt werden.

Wir verstehen durchaus, daß die Reichsbahn auf den Gewinn,

der sich ihr aus dem verbilligten Zinsfuß der Reichskredite ergibt, nicht verzichten will. Wir halten es auch durchaus für möglich, daß die Finanzierung der Börsenspekulation, die die privatwirtschaftliche Aufgabe der Verkehrskreditbank ist, rentabler sein mag als das große Investitionsprogramm, das die Reichsbahn angeblich nur mit Reichsmitteln durchführen kann. Wir sind aber der Meinung, daß die Theaurierungspolitik der Reichsbahn ein Ende finden muß.

Dazu stehen ihr verschiedene Mittel zur Verfügung. Einmal wirkt sich die Frage auf, ob die Konsum- und volkswirtschaftsfeindliche Lohnpolitik der Reichsbahn bei diesem Geldüberfluß überhaupt noch zu rechtfertigen ist. Eine zehnprozentige Lohn-erhöhung würde erst in etwa zwei Jahren den überschüssigen Barbestand der Reichsbahn aufzehren, für den man ja auch in den kommenden Jahren eine weitere Steigerung erwarten kann. Ebenso wie eine solche Lohnpolitik der Konjunkturerholung und dem Arbeitsmarkt einen kräftigen Antrieb geben würde, wäre das bei einer raschen und großzügigen Durchführung der notwendigen Neubauten und sonstigen Neuanlagen der Fall. Als Einrichtungs des Reiches und der Allgemeinheit ist die Reichsbahn dazu verpflichtet, unter Anspannung aller ihrer Kraft und nicht nur ihrer sichtbaren Ueberschüsse in die Volkswirtschaft belebend einzugreifen. Wenn aber alle diese Wege abgelehnt werden sollten, so bleibt letzten Endes der von der gesamten Wirtschaft geforderte Abbau der Frachten, der durch die Senkung der volkswirtschaftlichen Unkosten die gleiche Wirkung erzielen könnte, bisher aber von dem mit Großindustriellen belegten Verwaltungsrat der Reichsbahn konsequent bekämpft wurde. Eine Frachtfenkung um durchschnittlich 10 Proz. würde erst in zwei Jahren den jetzigen Barbestand aufzehren, inzwischen aber der Reichsbahn neuen Verkehr und neue Ueberschüsse einbringen.

Statt dessen stehen 100 000 Waggons unbenußt herum,

ein trauriges Wahrzeichen der unsinnigen Monopolpolitik der Reichsbahngesellschaft — über der Friedhofsstille der Produktion aber raucht der Dampf der Börsen, die sich der billigen Reichsbahngelder mit großen Spekulationserfolgen erfreuen.

Bernhard Bruns fünfundsiebzighjährig!

Genosse Bernhard Bruns, Stadtrat und Bürgermeisterstellvertreter im Verwaltungsbezirk Kreuzberg, vollendet sein 65. Lebensjahr. Bruns ist ein Berliner Kind und hat die neuere Entwicklung Berlins als ein Miterlebender gesehen und kennen gelernt. Er wurde in Berlin am 20. Januar 1862 als Sohn eines Tischlers geboren, besuchte die Berliner Gemeindeschule und erlernte dann das Tischlerhandwerk. Zeitig wandte Bruns sich der Arbeiterbewegung zu, und er fand bald Gelegenheit, sich an gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen zu beteiligen. An der Ausgestaltung unserer Berliner Parteihandlung „Vorwärts“, in die er 1890 eintrat, hat Genosse Bruns drei Jahrzehnte hindurch, später in leitender Stellung, erfolgreich mitgearbeitet. Im Jahre 1892 wurde er, ein Dreißigjähriger, als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in die Berliner Stadtkörpersordnetenversammlung ernannt, und seitdem ist er fünf- unddreißig Jahre hindurch in der Gemeindeverwaltung Berlins tätig gewesen. Seine Arbeit galt vornehmlich der Baupflege, den Schul- und Bildungsfragen, im besonderen den Volkshochschulen. Auf die Umgestaltung der Volkshochschulen und die Schaffung von Leshallen hat er einen stark fördernden Einfluß ausgeübt. Als im Jahre 1921 durch Zusammenschluß Berlins mit den Vororten die größere Einheitsgemeinde Berlin entstand, wurde Genosse Bruns im Verwaltungsrat Kreuzberg zum Stadtrat gewählt. In diesem Amt ist er Bürgermeisterstellvertreter, und er hat das wichtige Dezernat der Jugendwohlfahrt. Wir wünschen unserem alten Genossen Bernhard Bruns noch viele Jahre erfolgreicher Arbeit für das Gemeinwohl.

Wieder Selbstmord einer Hausangestellten.

Kürzlich berichteten wir von dem Selbstmord einer achtzehnjährigen Hausangestellten. Heute vormittag versuchte abermals eine Hausangestellte, die fünfundsiebzighjährige Lucie G., ihrem Leben durch einen Sprung aus dem dritten Stock in der Seidenheimer Straße 12 ein Ende zu machen. In einem unbemerkten Augenblick öffnete die G. das Küchenfenster und stürzte sich hinab. Mit schweren inneren Verletzungen wurde die Lebensmüde nach dem Westender Krankenhaus gebracht, wo sie hoffnungslos daniederliegt. Der Grund zu der Tat ist noch unbekannt. — In gleichfalls selbstmörderischer Absicht stürzte sich die sechsunfünfzigjährige Ehefrau J. aus dem Fenster ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung in der Brunnerstr. 157 auf die Straße hinab, wo sie schwerverletzt bewußtlos liegen blieb. Sie wurde in das Jüdische Krankenhaus geschafft, wo der Tod kurz nach der Einlieferung eintrat.

Das Werden einer Organisation.

Im Anschluß an die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Genossen Reumann auf dem Jubiläumstest der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, über die wir im Morgenblatt kurz berichteten, hielt das Vorstandsmittglied Barstein die Festrede und entrollte darin ein anschauliches und beachtenswertes Bild von dem Werden der Gewerkschaft. Sie trat am 1. Januar 1867, von den Lokomotivführern Raab in Hannoverisch-Ründen und Scotti in Mainz begründet, mit 217 Mitgliedern ins Leben. Ein Jahr später hatte sie bereits 3470 Mitglieder, die einen Fonds zu einer Hilfskasse in Höhe von 124 000 Mark zusammengebracht haben. Bis zum Krieg waren 13 Millionen angesammelt, die durch die Inflation verloren gingen. Heute umfaßt der Verband mit 70 000 Mitgliedern, eingeteilt in 27 Bezirke und 470 Ortsgruppen, 96 Proz. der deutschen Lokomotivführer überhaupt. Da zur Zeit der Gründung die deutschen Eisenbahnen in den Händen von Privatgesellschaften waren, gab es natürlich für die Angestellten bzw. Beamten keine sozialen Einrichtungen. Der Verein schuf sich als erstes eine Unterstützungseinrichtung für Witwen und Waisen und baute sie großzügig aus. Heute gewährt er Sterbegelder für die Mitglieder und deren Ehefrauen, Pensionsbeihilfen für die in den Ruhestand übergetretenen Beamten und Arbeitslosenunterstützung für die durch den Beamtenabbau entlassenen Lokomotivführer und -anwärter, die seit 1923 die Zahl von 7500 erreicht hat. In Hannoverisch-Ründen befindet sich ein sehr beliebtes Erholungsheim für Kellnerwaisenten. Außerordentlich interessant ist die Einrichtung des Bildungsvereins. Vor Jahren begann man technische Literatur zu sammeln und bildete einen Grundstock von 5000 Bänden. Dieser ganze Bestand wurde in 180 Bücherlisten, die je 30 bis 35 Bücher fassen, durch ganz Deutschland geschickt, so daß es den Lokomotivführern möglich war, unausgeseht an ihrer Weiterbildung zu arbeiten. Erst im Jahre 1924 wurde diese Bücherei in eine Zentralbücherei mit 10 000 Bänden umgewandelt. In den neunziger Jahren gingen die deutschen Bundesstaaten sehr partikuläristisch dazu über, die Bildung einzelner bundesstaatlicher Lokomotivführerorganisationen zu fördern. Die Gefahr der Zersplitterung der Organisation war da. Die Gewerkschaft war aber bereits stark genug, um die Gefahr ab-

zuwehren: es wurde beschlossen, daß jedes Mitglied einer Landesorganisation auch dem Zentralverband angehören mußte. Dadurch wurde der Verband gerettet. Er hatte damit aber auch den Beweis erbracht, daß er den deutschen Einheitsgedanken über den dezentralistischen Kleinstaatgedanken stellen konnte, ein Moment, das im Verlauf des Abends, wie bereits berichtet, vom Reichstagspräsidenten Genossen Lohse unter dem braudenden Beifall der Versammlung unterstrichen wurde. Mit einem Hinweis auf die kommende Elektrifizierung der Eisenbahnen, die die Gewerkschaft vor neue Aufgaben stellte, schloß die hochinteressante Festrede. Außer dem Genossen Lohse ergriff dann noch der Ministerialrat Genosse Falkenberg vom LWB. das Wort und wies auf die Notwendigkeit hin, den Gedanken der Einigkeit und Einheit unter den Beamten zu vertreten. Gerade der freibewillige Zug und sein vordrängender Charakter seien die Aushemmel der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer.

Das Lächeln um die Fridericus-Marke.

Folgendes hat sich in Berlin zugetragen: Ein impotanter Herr betritt vor einigen Tagen ein Zweigamt des Postamtes 865 in der Wallerstraße und verlangt eine Fridericus-Marke. Der höfliche Postbeamte quittiert dieses in dieser Gegend nicht allzu oft gestellte Verlangen mit einem kleinen Lächeln und der Erwiderung, daß die Marke zurzeit vergriffen wäre. Auch die Frage des Herrn, wann wieder Fridericus-Marken zu haben sein werden, kann nur mit dem Bedauern des Nichtwissens beantwortet werden. Nach einigen Tagen werden sämtliche Beamte jenes Amtes zu Protokoll vernommen. Ursache: Jener impotante Herr war ein Reichstagsabgeordneter und er hatte, wie es bei großen Männern üblich ist, das Lächeln des Beamten als böse und hämisch empfunden, gewissermaßen als eine Sabotage des Allen Fris. Dann hatte er sich darüber geärgert, daß er nicht zu seiner Fridericus-Marke kam und auch dieserhalb bei der Oberpostdirektion Beschwerde geführt. Das aufreizende Lächeln des Beamten soll nun dazu führen, daß sämtliche Beamte des betreffenden Amtes ausgewechselt werden. Man sieht nicht recht ein,

weshalb zu diesem unständlichen Mittel geschritten wird. Es wäre doch viel einfacher gewesen, die wenigen Beamten der kleinen Postanstalt mit dem Herrn Reichstagsabgeordneten zu konfrontieren.

Aber es scheint, der wagte sich nicht heraus und riskierte es nicht, dem lächelnden Beamten noch einmal ins Gesicht zu sehen. Für die Zukunft sollte jedenfalls allen Briefmarkenverkäufern der Post das strenge preussische Beamtengesetz zur Pflicht gemacht werden — wenigstens beim Verkauf der Fridericus-Marke.

Gefährdete Frauen.

Auf alleingehende Frauen und Mädchen hat es ein Unhold abgesehen, der die Gegend zwischen Tegel und Borsigwalde unsicher macht. Erst vor einigen Tagen fiel er eine Frau an und versuchte sie zu vergewaltigen. Die Angefallene konnte sich aber retten. Am Dienstagabend kurz nach 8 Uhr griff er eine 27 Jahre alte Clara C., die in der Siedlung „Josef“ bei Tegel wohnt, in der Hermsdorfer Straße an. Auch diese konnte sich befreien und ihre Wohnung erreichen. Beamte des 23. Reviers, denen die Ueberfallene das Vorkommnis meldete, nahmen sofort die Ermittlungen auf, die aber erfolglos blieben. Der gefährliche Mensch ist etwa 27—30 Jahre alt, mittelgroß und schlank, hat ein hageres Gesicht und trägt einen graubraunen Mantel. Mitteilungen an die Kriminalpolizei der Reviere 293 und 295.

Ein gefährlicher Kellerbrand kam gestern nachmittag gegen 1/5 Uhr in dem Hause Steglitzer Str. 71 zum Ausbruch. Das Feuer fand an Kesselgerümpel und Feuertoritäten, die unten lagerten, reiche Nahrung. Als die Feuerwehr erschien, war das Treppenhaus verqualmt. Rauchschwaden drangen bereits in einzelne Wohnungen ein. Die Wehrleute, die mit Rauchschutzhelmen versehen, gegen den Brandherd vorrückten, befeitigten die Gefahr nach einhelfühndigem Wassergeben. Die Entstehungsurache ist noch unbekannt.

Das Viktoria-Gymnasium, Prinzenstraße 51, wird Anfang Mai dieses Jahres das sechzigjährige Bestehen in feierlicher Weise begehen. Aus diesem Anlaß werden alle ehemaligen Schülerinnen für heute, Mittwoch, den 19. d. M., abends, zu einer Vorbesprechung in die Aula der Anstalt eingeladen.

Dyfer einer Familientragödie.

Freitag, 19. Januar. (W.F.B.) In der der Kurstadt Teplitz-Schönau benachbarten Gemeinde Pralibitz schnitt in der Nacht zum 18. der Oberverwalter des dortigen Meierhofes Karl Wieländer seinen zehn- und neunjährigen Söhnen mit einem Küchenmesser die Kehle durch, tötete seine Frau und ein fünfjähriges Kind durch Revolvergeschüsse und erschloß hierauf sich selbst. Das Kotto der Tat sollen zerrüttete Familienverhältnisse sein.

Schneestürme im Wolgagebiet. Im ganzen Wolgagebiet wüten Schneestürme. Der Eisenbahnverkehr ist aufs Schwerste behindert. In und um Jarizna (jetzt Stalingrad) ist der stärkste Schneefall seit 30 Jahren zu verzeichnen. Die ganze Bevölkerung des Kreises ist zur Freilegung der Eisenbahndämme mobilisiert worden.

Sport.

Schluswort zum Sechstagerennen.

Eine nicht sehr kurzweilige Sechstagesfahrt ging gestern in der Arena am Kaiserdamm zu Ende. Schon in den Morgenstunden des letzten Tages wußte ein jeder, wer Sieger in diesem im Schlaitempo ausgefahrenen Rennen wird. Und so kam es auch: Tonant-Lorenz brauchten sich mit ihrem Zwei-Runden-Vorsprung in der „Kampfstunde“ nicht sonderlich anzustrengen.

Es sind im Verlauf des Rennens soviel Anschuldigungen erhoben worden, daß der Sportausschuß des Bundes Deutscher Radfahrer alle Ursache hat, sofort dieses Sechstagerennen von der ersten bis zur letzten Stunde genau zu untersuchen. Jemandem in der Kurve fällt da beispielsweise ein Fahrer vom Rade, mind den Verletzten und schon „fann“ sein Partner mit einem schon partnerlosen Fahrer zusammengeschlossen werden! Die Beteiligten an dieser „Rekombination“ sind bekannt: Junge, der „Gestürzte“, Mac Ramara und Petri, die „Partnerlosen“. Was soll es heißen, wenn Goossens-Stockelund einfach das Rad verlassen, um es nicht wieder zu besteigen, weil sie sich zu Unrecht übermüdet glaubten. Und es geht weiter nicht an, daß von Kempen auf ähnliche Weise „Protest“ machen zu können glauben, daß er in einem Prämienerennen zu Recht disqualifiziert worden war, unterlag nur der Entscheidung des Rennrichters. Das hätte überhaupt eine andere Aufgabe haben müssen. Daß ein Mann wie Walter Rütt als sportlicher Leiter hier seine Autorität nicht anzumenden wußte, gereicht ihm nicht zum Ruhm.

Das beste Rennen bei der ganzen Veranstaltung dürfte der Unternehmer gemacht haben. Und das ist schließlich für diese „Sportmanager“ die Hauptsache!

Arztetkampf gegen die Krankenkassen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: „Im Kampf mit den Ärzten haben die Krankenkassen in Berlin eine Reihe von Ambulatorien errichtet. Die Ärzte, die sich diesen Anstalten zur Verfügung gestellt haben, werden von der übrigen Ärzteschaft entsprechend gewürdigt. Das gleiche geschieht gegenüber denjenigen Ärzten, die in der fassen-eigenen Frauenklinik „Cäcilienhaus“ tätig sind. Diese Klinik hat von der Regierung das Recht erhalten, Medizinalpraktikanten auszubilden.“

Die ärztliche Organisation klärt den jungen Nachwuchs über ihr Verhältnis zu dieser Anstalt auf. Die Parteifreunde des Kassenverbandes haben sich deshalb mit einer kleinen Anfrage an die Regierung gewandt. Wohlfahrtsminister und Kultusminister haben darauf geantwortet, daß das Cäcilienhaus in derselben Weise für Medizinalpraktikanten bekanntgegeben worden sei wie alle anderen zugelassenen Anstalten. Die Minister könnten der ärztlichen Organisation keine bestimmten Weisungen geben, würden aber versuchen, auf sie dahin einzuwirken, daß von ihr eine Unterbindung der Ausbildungsmöglichkeiten für den ärztlichen Nachwuchs vermie den werde. Ambulatorien und Cäcilienklinik dienen nach Ansicht der Ärzte dazu, die Betätigungsmöglichkeit der freiberuflichen Ärzte zu unterbinden. Die Würdigung, die daraufhin die an jenen Anstalten tätigen Ärzte von der übrigen Ärzteschaft gefunden haben, ließ einigen von ihnen geraten erscheinen, aus der Gynäkologischen Gesellschaft auszutreten. Als Gegenzug hat nunmehr der Krankenkassenverband die angeschlossenen Krankenkassen angewiesen, eine große Anzahl der von freiberuflichen Ärzten benutzten Privatkliniken nicht mehr mit Kassenmitgliedern zu belegen.“

Diese Mitteilung ist ein lehrreicher Beitrag zur Kennzeichnung des Kampfes gewisser Ärzte gegen die Krankenkassen. Wer in den Anstalten der Krankenkassen arbeitet, wird — wie die fassen-eigene „Vossische Zeitung“ sich ausdrückt — „von der übrigen Ärzteschaft entsprechend gewürdigt“. Das heißt: er wird im gesellschaftlichen Verkehr boykottiert und in beruflicher Hinsicht verunglimpft. Daß die fassen-eigene Frauenklinik (im früheren „Cäcilienhaus“) das Recht erhalten hat, Medizinalpraktikanten auszubilden, hat den fassen-eigenden Ärzten noch gesteigert. Diese aus beste eingerichtete Frauenklinik wird geleitet von Prof. Dr. Liepmann, der als Autorität in der Frauenheilkunde bekannt ist. Liepmann hat in der Gynäkologi-

schen Gesellschaft dem anscheinend gegen ihn geplanten Ausschluß dadurch zuvorkommen müssen, daß er selber seinen Austritt erklärte. Prof. Liepmann wird die Hinausdrängung aus der genannten Ärzteorganisation in Gelassenheit tragen können. Aber auf den Versuch fassen-eigender Ärzte, der ihnen verhassten fassen-eigenen Frauenklinik den ärztlichen Nachwuchs zu entziehen, hat der Berliner Krankenkassenverband mit der Sperrung einer Anzahl privater Kliniken antworten zu sollen geglaubt.

Die „Vossische Zeitung“ legt über ihre Mitteilung die Ueberschrift „Und die Kranken?“ Ach, die Kranken wären uneres Erachtens sehr viel besser daran, wenn die Kassen ihre Bemühungen, sich eigene Anstalten zu schaffen, untrüglich fortsetzten. Den Kranken wird nur damit gedient, daß sie nicht Objekt des Heilgewerbes zu sein brauchen, das in Privatkliniken betrieben wird. Wie die „Vossische Zeitung“, in Uebereinstimmung mit einem erfreulicherweise nicht großen Teil der Ärzteschaft, den Ärzteberuf bewertet, das lehrt ihre Äußerung: „Ambulatorien und Cäcilienhaus dienen nach Ansicht der Ärzteschaft dazu, die Betätigungsmöglichkeit der freiberuflichen Ärzte zu unterbinden.“ Diese Sorge paßt schlecht zu der Ueberschrift „Und die Kranken?“. Uns gilt es als eine Kuriosität, daß die Krankenkassen mit der Errichtung eigener Anstalten die Bahn beschritten haben, die zur Befreiung der Heilkunst aus den Händen der Heilgewerbetreibenden führen muß.

Gegen die Sperrung einiger privater Kliniken möchten die fassen-eigenden Ärzte jezt die „öffentliche Meinung“ aufspielen. Durch eine Zeitungstorrellspendenz lassen sie verbreiten, diese Sperrung bedeute einen schweren Nachschub der Krankenkassenverbandes und auch eine Gefährdung der öffentlichen Gesundheitspflege, weil dadurch in der Zeit der Grippeerkrankungen die Krankenkassenknappheit in bedenklicher Weise gesteigert werde. Wer soll diesen Unsinn glauben? Selbstverständlich bleiben bei starkem Bettenbedarf die Betten der gesperrten Kliniken nicht unbesetzt, sondern man legt andere Kranke hinein. Zunächst hat also die Sperrung nur die Folge, daß die Kranken sozusagen umgeschichtet werden. Aber wenn wieder ruhigere Zeiten kommen und der Bettenbedarf nachläßt, dann werden die gesperrten Kliniken allerdings die Wirkungen spüren. Daher schon jezt das Geschrei und die Hege gegen den Krankenkassenverband!

Schiedspruch gegen die Buchdrucker.

Jede Lohnerhöhung abgelehnt.

Am Montag verhandelten die Vertreter der Buchdrucker mit den Unternehmern über die Lohnerhöhung, die auf Antrag der beteiligten Gewerkschaften gefordert wurde. Die Organisationen hatten in der Spitze eine Lohnerhöhung von 8 Mark pro Woche verlangt. Die Unternehmer lehnten nicht nur diese, sondern jede Lohnerhöhung ab und beantragten eine Verlängerung des Lohnabkommens bis zum 31. März, dem Datum, an dem auch der Manteltarif zum Ablauf kommt.

Um es gleich vorwegzunehmen, ist das Zentralschlichtungsamt, das nach den gescheiterten Verhandlungen am Montag gestern zu einem Entschluß gekommen, die den Wünschen der Unternehmer in jedem Punkte gerecht wird. Die Lohnerhöhung wird abgelehnt und das Lohnabkommen bis zum 31. März unverändert verlängert.

Den den Buchdruckerbeiträgen überträgt es schließlich nicht mehr, wenn sie von vornherein jede Lohnerhöhung ablehnen. Die Buchdruckerbeiträge haben sich in eine Art Scharfmacherpöhsche hineinmanövrieren lassen, in der jede Forderung der Arbeiter auf sie wie ein rotes Tuch auf den Sier wirkt. Was anderes aber ist es, wenn von Unparteilichen ein Schiedspruch gefällt wird. Hier mußte man annehmen, daß nicht nur die Argumente der Unternehmer ihre Wirkung ausüben, sondern daß man auch den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trägt und schließlich auch die Wünsche und Forderungen der Arbeiter nicht mit einer bedauernden Handbewegung abtut.

Wie liegen die Dinge? Das Buchdruckergewerbe ist eines der wenigen, das sich trotz der außerordentlich scharfen Wirtschaftskrise einer guten Konjunktur erfreut. Dazu kommt, daß die Druckpreise im Verhältnis zur Vorkriegszeit ganz enorm gestiegen sind und weit über dem durchschnittlichen Preisniveau liegen. Die Druckpreise haben sich seit 1914 mehr als verdoppelt und liegen heute, wenn man 1914 = 100 annimmt, auf 210.

Dieser enormen Preissteigerung stehen Löhne gegenüber, die nicht nur weit dahinter zurückblieben, sondern nicht einmal gleichen Schritt gehalten haben mit dem vom Statistischen Amt errechneten Lebenshaltungsindeks, über dessen Unvollkommenheit wir nichts weiter zu sagen brauchen. Die Löhne im Buchdruckergewerbe, wenn man 1914 = 100 annimmt, stehen heute auf 140. Dazu kommt, daß diese Löhne seit eineinhalb Jahren unverändert blieben. Während die Lebenshaltung sich ganz erheblich verteuerte, während die Löhne stiegen und die Unternehmer ihre Druckpreise in die Höhe trieben, haben sich die Löhne im Buchdruckergewerbe seit Anfang Juli 1925 nicht mehr geändert. Und wenn wir sagen, daß die Löhne im Vergleich zu 1914 heute auf 140 stehen, so haben wir noch nicht die Leistungssteigerung berücksichtigt, die seit 1914 eingetreten ist. Wenn man Lohn und Leistung von 1914 mit dem Lohn und der Leistung von 1927 vergleichen will, dann würde man auf eine erheblich geringere Inderszahl kommen als 140.

Trotzdem hat das Zentralschlichtungsamt die eingangs erwähnte Entscheidung gefällt. Die zentralen Lohnkommissionen der beteiligten Gewerkschaften treten heute zur Beratung zusammen, um zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen. Es kann für uns gar kein Zweifel bestehen, daß die Organisationen den Schiedspruch einmütig ablehnen werden.

Jaszai gestorben.

Budapest, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern starb plötzlich der langjährige Vorsitzende der ungarischen Gewerkschaften, Genosse Jaszai. Mit ihm ist einer der verdientesten Vorkämpfer der ungarischen Arbeiterbewegung dahingegangen.

Jaszai war ein Veteran der internationalen Gewerkschaftsbewegung, zu deren eifrigsten Förderern er gehörte. In dem von den Rognaten beherrschten Ungarn der Vorkriegszeit, als es den Arbeitern noch verboten war, Gewerkschaften zu bilden, hat Jaszai unerschrocken an dem Aufbau der Gewerkschaftsbewegung gearbeitet. Seiner klugen und jähren Führung ist es zum guten Teil zu danken, daß die ungarischen Gewerkschaften unter den größten Schwierigkeiten aus kleinsten Anfängen sich zu einem beachtenswerten Teil der internationalen Gewerkschaftsbewegung heraufgearbeitet haben und die Stürme der Kriegs- und Nachkriegszeit, die Ungarn und seine Arbeiterschaft besonders in Misere und Not zogen, überstanden. Die Internationale, besonders die deutsche Arbeiterschaft, gedenkt ehrend des toten Vorkämpfers.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat folgendes Beileidstelegramm abgeschickt:

An den Gewerkschaftsrat in Budapest.
Zum Tode unseres alten Freundes Jaszai sprechen wir den Gewerkschaften Ungarns hiermit unsere aufrichtige Teilnahme aus.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Seipari.

„Hafenarbeiterstreik in Konstantinopel“.

Mit dieser Ueberschrift versehen, geben wir in Nr. 13 des „Vorwärts“ eine Ill.-Redaktion aus London wieder. Hierzu wird uns nach einem Bericht der türkischen „Mühür“ („Nationalismus“) in Angora geschrieben. Bei dem Streik infolge Differenzen mit der Hafenbetriebsgesellschaft handelte es sich nicht um Arbeiter, sondern um kleine Bootsbesitzer, Raunabdis, die in einer Vereinigung zusammengeschlossen sind. Diese wurde am 4. August 1924 gegründet und zählt 1284 Mitglieder mit 850 Fahrzeugen. Die Hafenbetriebsgesellschaft hatte mit dem Verein einen Vertrag abgeschlossen, wonach ihr die Boote (Rahonen) der Mitglieder bis zum 8. März 1927 zum Anschaffungspreis übergeben werden sollten. Der Ankauf der Rahonen, die die Gesellschaft in ihren Besitz bringen will, um diese

Die Reichsbahn auf Abbruch.

14 000 Eisenbahner vor der Entlassung.

Uns wird geschrieben: Vor einigen Tagen erschienen Notizen in der Tagespresse, die von Entlassungen bzw. Schließung von Werkstätten bei der Reichsbahn handelten. Die Reichsbahnverwaltung war schnell mit einer Berichtigung zur Hand. Mit der Berichtigung sollte offenbar in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, als beabsichtige man überhaupt keine Entlassungen oder die Schließung von Werkstätten vorzunehmen. Über die Herren der Reichsbahnverwaltung sollten wissen, daß eine größere Entlassungsmassnahme in den Eisenbahnwerkstätten geplant und daß dabei auch die Schließung von Werkstätten eingeschlossen war.

Die Reichsbahnhauptverwaltung hat in ihrem Etat 1927 die Gesamtlohnzahl in den Eisenbahnausbesserungswerken der Reichsbahnverwaltung von 14 000 im Jahre 1926 auf 100 000 für das Jahr 1927 herabgesetzt. Nach diesem Etat soll also die Gesamtlohnzahl in den Ausbesserungswerken um weitere 14 000 herabgemindert werden. Das bedeutet also eine ganz außerordentliche Proletaschmachung von Arbeitern und schließlich auch Beamten. Die Beamten, die bei der vorjährigen Einschränkung in den Werken überflüssig wurden, sollten in anderen Stellen untergebracht werden. Sie sind bis heute noch nicht wieder richtig untergebracht. Viele Beamten haben eine ihrer bisherigen Dienststellung nach minderwertige Beschäftigung übernehmen müssen. Sie sind dadurch erheblich geschädigt.

Bei den jetzt geplanten Einschränkungen wird wiederum eine erhebliche Anzahl Werkstättenbeamten überzählig. Die betreffenden Beamten haben demnach sicher nichts Gutes zu erwarten.

Die Direktoren der einzelnen Werkstätten-Direktionsbezirke sind durch die Hauptverwaltung angewiesen, einen Plan über die vorgesehene Einschränkung aufzustellen und diesen Plan an die Hauptverwaltung in Berlin bis zum 15. Januar 1927 einzulenden, unter Angabe der Orte und der Zahl der zu Entlassenden.

Im Werkstättenbezirk Altona sind größere Entlassungen vorgesehen. Nach dem Plan der Werkstättenverwaltung sollen geschlossen werden: das Ausbesserungswerk in Malchin (Westl.) mit 270 Arbeitern, das Ausbesserungswerk Bingen (Westl.), die Wagenabteilung mit 300 Arbeitern. Ferner sollen entlassen werden in Siendal 110, in Sebaldsbrück 105, in Reumünster 140 Arbeiter. Eine geringere Anzahl von Arbeitern soll noch entlassen werden in Wittenberge, Südstadt, Leinhausen, Oschbrück und Oldenburg. Insgesamt sind für die Entlassung im Werkstättenbezirk Altona etwa 1200 Arbeiter vorgesehen.

Diese Entlassungsmassnahmen bedeuten für die verschiedensten Orte die größte Rücksichtslosigkeit, von der man sich ohne weiteres eine richtige Vorstellung machen kann. Die Eisenbahnwerkstätten wurden aus bestimmter Rücksicht nach solchen Orten verlegt, die möglichst weit ab von Großstädten oder den eigentlichen Industriegebieten lagen. Die Arbeiter für diese Werke sind nun dort angesiedelt; wenn sie entlassen werden, gibt es für sie weder am Orte noch in der ganzen Umgegend

neue Arbeitsmöglichkeit. Aber auch für die kleinen Gemeinwesen wie z. B. Bingen und Malchin bildet die Proletaschmachung von Hunderten von Arbeitern den Ruin vieler kleiner Geschäfte in diesen Städten.

Das Großunternehmertum verzinkt überall im Reich die von der Reichsregierung Entschädigung, wenn durch äußere Einwirkungen ihnen irgendwelcher angeblicher geschäftlicher Nachteil zugestoßen sei. Was geschieht hier, wenn dem Arbeiter und dem kleinen Geschäftsmann die Lebensquelle verstopft wird?

Die Reichsbahnverwaltung zeigt sich auch in dieser Beziehung großmütig in ihrer Art. Sie zahlt den Arbeitern, die entlassen werden, ein sogenanntes Uebergangsgeld, eine Art Abfindungssumme, in der Höhe eines Wochenlohnes, die sich für die älteren Arbeiter, die 10 bis 20 oder mehr Jahre beschäftigt sind, erhöht. Wer dieses Geld wird auf Kosten der übrigen Arbeiter gezahlt. Diese Beträge müssen bei dem Bahnetat eingepart werden, und damit dies erreicht wird, werden weitere Arbeiter entlassen.

Es ist offenbar, daß die Reichsbahnverwaltung mit ihren Entlassungen den Zweck verfolgt, die Werkstätten stillzuliegen, um dem Privatkapital mehr Austräge zuzuführen. Schon heute werden eine ganze Masse Materialen, die früher in den Werkstätten hergestellt wurden, Privatfirmen übergeben. Uns sind Fälle bekannt, wo zur Herstellung von Gegenständen ein neues Verfahren erfinden wurde, z. B. Achslager für Eisenbahnwagen, die im Werk Reumünster nach dem neuen Genauausgleichsverfahren pro Stück für 18 bis 20 Pf. hergestellt wurden, wofür die Privatindustrie 85 bis 90 Pf. verlangt. Die Arbeit wird trotzdem der Privatindustrie überwiesen.

Die Werke, die jetzt geschlossen werden sollen, wurden in den letzten beiden Jahren in technischer Hinsicht mit den neuesten Einrichtungen versehen. Man hat viele Tausende von Mark in diese Betriebe hineingekastet. Diese Umbauten und Umbauten sind zum Teil in den letzten Tagen vollendet. Und nun verfügt die Hauptverwaltung die Schließung der Werkstätten.

In Sachreisen wird von Leuten, die es wissen können, die Entlassung als eine verkehrte unwirtschaftliche Maßnahme betrachtet. Die Reichsbahnhauptverwaltung hat einen großen Kredit von der Reichsregierung erhalten, damit auch sie zu dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung beitragen könne. Die Reichsbahnhauptverwaltung aber bestimmt, daß nach 14 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt werden und daß eine weitere Reihe von Beamten überzählig wird, so daß durch diesen Beschluß die Maßnahmen der Reichsregierung durchkreuzt werden.

Was sagt der Reichstag zu dieser prooizierenden Maßnahme der Reichsbahnverwaltung? Ob von der kommenden Reichsregierung eine Initiative nach der Richtung zu erwarten ist, wird wohl von ihrer Zusammensetzung abhängen.

kleinen Besitzer ihrer Produktionsmittel zu enteignen, um sie zu völlig besitzlosen Proletariats zu machen, vollzog sich denn auch bis zum Dezember ganz glatt.

Rum aber stellte der Verein — infolge „Aufwiegelei“, wie die Hafenbetriebsgesellschaft erklärte — folgende Bedingungen für den Erwerb der Rahonen:

1. Die Hafenbetriebsgesellschaft soll dieselben Säge für die Rahonen zahlen, wie die Kaufleute.
2. Die Rahonen, die der Gesellschaft nicht gehören, sollen in derselben Reihenfolge beschäftigt werden, wie die, welche der Gesellschaft gehören.
3. Die Gesellschaft soll die Garantiegeber zurückgeben.

Am 3. Januar kam es dann zu einem folgenschweren Zusammenstoß, als nach Behauptung der Raunabdis, die Gesellschaft sich Rahonen bemächtigen wollte, die ihr nicht gehörten. 316 Raunabdis wurden verhaftet und bis auf 33 wieder freigelassen. Die Raunabdis behaupten: Wir haben nicht gestreikt. Unser Lohn beträgt 7 Pfund, wenn wir für die Gesellschaft arbeiten, aber 12 Pfund erhalten wir von den Kaufleuten, sobald wir für sie arbeiten. Da wir aber alle 20 Tage nur einmal Arbeit bekommen, ist unsere Lage außerordentlich schwer. Die Hafenbetriebsgesellschaft gibt uns nur Arbeit, wenn sie ihre 130 eigenen Rahonen beladen hat.

Gegen die Verhafteten wird Anklage wegen Auflehnung gegen Staatsbeamte in Ausübung ihrer Dienstpflicht erhoben. Der Verein erhebt Klage gegen die Hafenbetriebsgesellschaft auf Zurückgabe von 20000 Pfund Sicherheitsgeld und auf die Auszahlung von 15000 Pfund rückständiger Löhne.

Bezeichnend ist, daß die Hafenbetriebsgesellschaft nach dem Krankenhaus Dscherrach Basha in Konstantinopel für alle bei dem Zusammenstoß Vermundeten Apfelsinen, Zigaretten und Zucker geschenkt hat, zur Rettung an die Hafenpolizeibeamten aber 1000 türkische Pfund — damit sie ihr die fernherhin notwendige und „tafrächtige“ Unterstützung bei der Entrettung der Raunabdis leisten.

Der Ausschuh des IOB.

Der Ausschuh des Internationalen Gewerkschaftsbundes setzt sich nach den Beschlüssen der Auswahlsitzung künftig aus den Mitglieder des Vorstandes, aus je einem Vertreter oder zwei Vertretern der angeschlossenen Landeszentralen und aus drei Vertretern der Internationalen Berufssekretariate zusammen. Für

jeden Vertreter ist ein Stellvertreter zu ernennen. Die Wahl der Vertreter und Stellvertreter der Berufssekretariate erfolgt durch den Internationalen Gewerkschaftskongress auf Vorschlag der betreffenden Landeszentrale bzw. der Konferenz der Internationalen Berufssekretariate. Falls in der Zeit von einem internationalen Kongress zum anderen eine Nachwahl nötig wird, so erfolgt diese auf Vorschlag der vorher genannten Stellen durch den Ausschuh. Die Kosten der Vertreter sind von den betreffenden Landeszentralen bzw. dem Internationalen Berufssekretariat, dem der Betreffende angehört, zu tragen.

Streikbeschluf der Wuppertaler Gummiwandwerker.

Barmen, 19. Januar. (W.B.) Die organisierten Gummiwandwerker des Wuppertales beschließen mit überwältigender Mehrheit den sofortigen Eintritt in den Streik. Inzwischen ist vom Schlichter ein Einigungsversuch unternommen worden, der die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zu Verhandlungen für heute eingeladen hat.

Generalstreik in Chile.

Santiago (Chile), 19. Januar. (W.B.) Infolge eines Streikes zwischen der Regierung und der Gewerkschaft der Eisenbahner gestern der Generalstreik ausgerufen. Die Bewegung hat wenig Erfolg. Nur ein kleiner Prozentsatz der Eisenbahner streikt. Der stellvertretende Polizeidirektor wurde im Verlauf eines Angriffs der Streikenden gegen den Kraftomnibus nach Valparaiso verwundet.

Metallhilfsarbeiter!

Eure minimalen Löhnerhöhungen sind abgelehnt. Der Nachbrennpunkt der Unternehmers hat sich beim Schlichtungsamt durchgesetzt. Eure Antwort sei der Streikbeschluf in den Deutschen Metallarbeiterverbänden. Der Streikbeschluf wird von den Delegierten der Reichsregierung in die Reichsregierung übertragen. Die Reichsregierung wird die Streikenden gegen den Kraftomnibus nach Valparaiso verwundet.

Beantwortlich für: Politik: Dieter Schiff; Wirtschaft: G. Klingeböler; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Eglar; Kultur: Dr. John Schömann; Politik und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortwirts-Berlag G. u. S. Berlin. Druck: Fortwirts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Glaser u. Co., Berlin SW 66, Einbusstraße 3.

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sog. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9531
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königstadt 240
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf
aller elektr. Bedarfsartikel
Preiswerte, gediegene Arbeit

HUNDE
Katzeln, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Lesdau's Korbmöbel
Illustrierte Form-
Aparat Muster
Mäßige Preise
Neukölln
Königsplatz 25 und
Hermannstr. 10
(Tel. Neuk. 1759)

Gegen 12 Monats Raten
VERLANGEN SIE SONDERANGEBOTE!

Raddatz & Co
Berlin, Leipziger Str. 122-123

DiN
Wassersucht!
Adervalkung
(alle chron. Fälle)
hilft überraschend
mein Spezial-
Kräuterpulver, Kart.
3 M. Verlag, Berlin.
Apothek. W. Böhmer
Hamein a. Weser 75

Die Grippe kommt
infolge Übertragung durch Mundhöhle und Rachen in
den menschlichen Körper. Sie wütet bereits wieder
in einer Reihe von Ländern. Dagegen vorzubringen ist
Pflicht eines Jeden. Dies geschieht am sichersten durch
sofortigen Gebrauch von „Nymphosan“ (ges. gesch.)
Glänzende Anerkennungen, Preis der Flasche M. 2.50
Nymphosan Perubonbons 80 Pfg.
Alleinhersteller: Nymphosan A.-G., München 28, N.S.3.

Korbmöbel! Sonderangebot!
An Private zu Engepreisen.
Eigene Fabrikate in gedie. enen
Ausführungen kaufen Sie in
großer Auswahl und billig bei
Wilhelm Schulze
Monbijouplatz 12, Hof part.
Nähe Hackescher Markt
Zahlungserleichterung
Telephon: Alexander 4112

Ischias
in 10 Min. Gedäch-
nis und Geist, wenn
kräftig, fertig!
In 15 Tagen sind
schwere Fälle besiegt worden. Spezialist Dr. K. K. K.
Berliner Str. 100, 9-11, 1-4, Sonntag 10-12, Montag

Metallbetten
Schlammstrassen, Kinderbetten gleich so
Kat. 650 tr. Eisenmöbelwerk Suhl Thür.